

II - 2011 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 106913

1987 -10- 21

A N F R A G E

der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schreder
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend "Stahlstiftung"

In den letzten Wochen und Monaten wurde in den Medien wiederholt über die Planung und Errichtung einer "Stahlstiftung" berichtet. Diese soll dazu dienen, die sozialen Auswirkungen der im Bereich der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie notwendigen Personalabbaumaßnahmen zu mildern. Den Berichten war zu entnehmen, daß die Finanzierung dieser Stiftung einerseits durch Solidaritätsbeiträge der von den Abbaumaßnahmen nicht betroffenen Mitarbeiter, andererseits aber auch durch Einbringung öffentlicher Mittel erfolgen soll.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß an der Planung und Errichtung einer Stahlstiftung im Bereich der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie gearbeitet wird?
2. Wenn ja, wie wird die Konstruktion dieser Stahlstiftung aussehen?
3. Ist es richtig, daß beabsichtigt ist, zwischen der Stahlstiftung und den aus den betroffenen Unternehmen ausgeschiedenen Arbeitnehmern ein Ausbildungsverhältnis zu begründen, für dessen Dauer die Arbeitsmarktverwaltung keine Vermittlungsversuche auf andere, zumutbare Arbeitsplätze durchführt?

-2-

4. Entspricht es den Tatsachen, daß den betroffenen Arbeitnehmern aus Mitteln der Stahlstiftung die Differenz zwischen dem Arbeitslosengeld und einem bestimmten Prozentsatz ihres letzten Lohnes bzw. Gehaltes für die Dauer von ein bis zwei Jahren ausbezahlt werden soll?
5. Ist es richtig, daß öffentliche Mittel in die Stahlstiftung eingebracht werden sollen?
6. Wenn ja, aus welchem Titel und in welcher Höhe?